

schaft, gegen Maßnahmen, die die soziale Ungleichheit fördern etc.); Kontakte mit Initiativen in benachbarten EG-Ländern.

5. Bildung von Selbstschutzgruppen gegen faschistische Überfälle auf besetzte Häuser, Fabriken (Sprengel), Asylantenheime, Jugendzentren, Cafés; Aufbau eines Alarm- und Überwachungssystems zur Beobachtung der faschistischen Szenerie.

6. Ausarbeitung eines Aktionsprogramms als Grundlage einer öko-sozialistischen Partei.

Linke Liste, Frankfurt

Irgendwann, irgendwo und irgendwie Über einen Entwurf

Für eine linksradikale Theorie und Praxis

Auf dem letzten Treffen der Radikalen Linken argumentierte der anti-autoritäre Flügel der Versammlung gegen die Erstellung eines gemeinsamen programmatischen Grundsatzpapiers. Die Kritiker konnten sich nicht durchsetzen und mußten sich Albernheiten («Putschismus» etc.) vorwerfen lassen. Nun liegt für das heutige Treffen der »Entwurf einer politischen Grundlage für den Kreis Radikale Linke« vor. Die von der Redaktionsgruppe überarbeitete Fassung ist jedoch kaum brauchbarer als das Rohpapier von Trampert/Ebermann. Und das, obwohl auf den ersten Blick zentrale Einschätzungen richtig zu sein scheinen, wie etwa jene von der weiteren Durchkapitalisierung der Gesellschaft, der kapitalistischen Durchdringung des Ostens, der Schwächung der Linken usw.

Prinzipiell basieren die Beschreibungen in dem Entwurf jedoch auf einer eigentümlichen Schematik, in deren Darstellung Geschichte um ihre prozeßhafte Dynamik gebracht und in statischen Abläufen von oben nach unten gedacht wird. Undialektische Zuordnungen sind die Regel. Die AutorInnen kennen nur Sieg oder Niederlage, Täter oder Opfer, aktiv oder passiv.

So agiert »das Kapital« auf Seite 4 und »schwächt die Gewerkschaften«. Oder noch globaler und im schlechten Sinne abstrakt formuliert: Es agiert »das Kapital« auf Seite 6 gegen »einen wachsenden Teil der Bevölkerung«. Diese fein säuberlich durchgehaltene Trennung verschleiern gerade das Entscheidende jedwelcher Kapitalverhältnisse, als ob »das Kapital« und »die Gewerkschaften« (oder »die Bevölkerung«) nicht in vielfältigen und wechselseitigen Beziehungen materiell wie ideologisch miteinander verschränkt wären und ausgestattet mit demselben falschen Bewußtsein gemeinsam für die große Scheiße agieren. (Einer der Unterzeichner hat dies gerade mal wieder in gröbster Weise in seiner Hamburger Zeitung festgestellt, warum zeichnet er in der Radikalen Linken für das Gegenteil?)

Der Text trägt die Tendenz in sich, die Opposition allein auf der Passiv-Seite zu verbuchen und dabei auch aktives Handeln, Momente rebellischer Subjektivität vulgär-materialistisch zu unterschlagen (Seite 6 Kreuzberg). Vor lauter Opfern sieht sich die Radikale Linke selbst nicht mehr (Seite 8, oben). Ihr Blick ist verstellt von immer gleichen, universalistisch gedachten, Geschichtsbetrachtungen. Auf den Seiten 12–13 findet sich die monotone Aufzählung »der politischen

Niederlagen«. Eine stereotype Betrachtungsweise, die, konsequent weiter gedacht, entweder zum Sprung aus dem Fenster oder in Richtung Reformismus drängt. Soziale Bewegungen werden ausschließlich am Verfehlen eines äußerlichen Etappenziels bemessen. Das weist auf einen Politikbegriff, dem die Subjekt-Seite völlig fremd ist. Vergessen wird die Dynamik von Revolten, die Politisierung in der Gegenkultur und den gemeinsamen Aktionen, ohne die Solidarität, ein kleines Stückchen konkreter Utopie sinnlich nicht erfahrbar wäre.

Der individuell und kollektiv vollzogene und erlebte (und wenn auch nur momenthafte) Ausbruch aus den physischen und psychischen Zwangsstrukturen, die Überwindung knechtischen Bewußtseins, das immer noch massenhaft über Eltern, Schule, Arbeit, Medien verbreitet wird, bildet die Grundvoraussetzung für die Emanzipation des einzelnen, eine Politisierung, ohne die Befreiung nicht einmal denkbar ist. Deswegen ist es unsinnig und fatalistisch, die Kämpfe der sozialen Bewegungen aus den letzten 20 Jahren pauschal negierend als »Scheitern« aufrechnen zu wollen, ohne ihre Erfolge zu benennen, nur weil wir immer noch nicht im Schlaraffenland leben.

Ebenso unsinnig sind die Erklärungen, die für die Schwäche der Linken, insbesondere derer in den Grünen, angeführt werden. Auf Seite 1 werden ahnungslose Linke in den Grünen vom »Zeitgeist« umgeblasen, auf Seite 10 weist sich bürgerliche Politik als verflücht »integrationsfähig«, und auf Seite 14 findet sich im vierten Abschnitt alles noch mal zusammengefaßt: Von außen brechen die »erlittenen oder empfundenen Niederlagen, die verschärften staatlichen Repressionen und die Attraktivität vor allem sozialdemokratischer Modernisierung« über die Alternativen herein. Diese hundsgemeinen Kräfte »ziehen die Grünen nach rechts und machen zugleich Rosa-Grün zum gegenwärtig größten Hoffnungsträger«.

Eigentümlich ist, daß die AutorInnen den Grünen (und auch den sozialen Bewegungen) immer uneingeschränkt eine zunächst fortschrittliche Theorie und Praxis bescheinigen, ohne jemals ein konkretes Wort darüber zu verlieren, worin sie denn bestanden hat, was also überhaupt erst zu der Annahme berechtigen würde, diese Partei habe sich von links nach rechts bewegt. Freilich ist es einfacher, auf Seite 6 Selbstkritik vorzugeben — schließlich, wer macht sich nicht alles Sorgen um die »Gattung« —, um mir nichts dir nichts am Altbackenen festzuhalten. Der »Ökologiebegriff« sei von rechten Dieben »seines politischen Inhalts beraubt und neu besetzt worden«. Worin denn die Differenz zwischen einer linken und rechten Politikform gründet, die sich auf einen offensichtlich schlecht gesicherten »Ökologiebegriff« beruft, gerade darüber schweigen sich die AutorInnen aus. Schade. (Vorsicht: mit dem Begriff »Staatsfeinde« könnte es ähnlich gehen.)

Nichtssagende oder falsche Begriffshülsen finden sich allenthalben im Text. Wer von den »Gesetzen des Kapitals« daherschwadroniert

(Seite 8, oben und unten), soll bitte schön die Paragraphen mal aufzählen und erklären, wie sich diese Gesetze historisch unverändert durchhalten, während im Text doch allenthalben von einschneidenden Veränderungen die Rede ist. [Nebenbei: was sind eigentlich »Neue Organisationsformen mit neuen (sozialen) Bündnisstrukturen« (Seite 6)?] Auch aus der systematischen Ausgrenzung aller nicht (mehr) arbeitsfähigen Teile der Bevölkerung sollten keine »Vernichtungsfeldzüge gegen die Alten« gemacht werden (Seite 15).

Das, was real schon existiert, ist schlimm genug. Und gar von sich zu behaupten, man sei ein Staatsfeind und »sehr dafür, die Faschisten aufs Maul zu hauen« (Seite 18) flößt außer dem Schreihals vor sich selbst schon gar niemandem Respekt ein. Für eine gemeinsame Programmatik fehlt jegliche Vordiskussion in diesem doch sehr heterogenen Kreis, der sich jetzt gerade zum drittenmal trifft. Und es gibt offensichtlich grundlegend unterschiedliche Positionen, die zum Teil bisher noch nicht artikuliert werden konnten. Zwischen einem Mitglied der DKP und einer Autonomen gibt es außer der Ablehnung des Kapitalismus zunächst keine Gemeinsamkeiten, und nicht einmal die eine genannte ist sicher.

Wenn etwas für die Entwicklung einer Radikalen Linken vernünftig wäre, dann vorerst einmal die unterschiedlichen Positionen intellektuell aufeinander prallen zu lassen, um dabei im speziellen die eigenen politischen Praxis- und Theorieformen einer kritischen Würdigung zu unterziehen. Organisationsfragen sollten sich ausschließlich auf die Organisation einer solchen Diskussion konzentrieren. Der Verlust der Utopie ist zuallererst immer einer der Theorie.